Ressort: Politik

Kritik an Vorstoß für Steuersünder-Amnestie

Berlin, 27.05.2013, 05:00 Uhr

GDN - Der Vorstoß für eine Steuersünder-Amnestie stößt auf Kritik. "Millionenbetrüger verdienen keine Amnestie", sagte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin der "Welt".

"Sie müssen behandelt werden wie andere Kriminelle auch." Wirksame Maßnahmen gegen den Betrug an allen Bürgerinnen und Bürgern seien noch nicht beschlossen, da werde nach einer Amnestie für die Betrüger gerufen, kritisierte der grüne Spitzenkandidat für die Bundestagswahl. "Das ist die falsche Reihenfolge." Milderung könne es nur für diejenigen geben, die sich bei kleinen Beträgen selbst meldeten. "Offenkundig kommt die Welle der Selbstanzeigen gerade erst ins Rollen - weil das Ende des Steuergeheimnisses für Kapitaleinkünfte droht." Die Deutsche Steuergewerkschaft hatte mit Blick auf das geplante Ende des Bankgeheimnisses in der EU eine Amnestie für Altfälle der Steuerhinterziehung vorgeschlagen. "Ohne Straffreiheit für Steuerbetrüger kann man das nicht machen", sagte ihr Vorsitzender Thomas Eigenthaler der "Welt am Sonntag". "Wenn die deutschen Finanzbehörden alle Altfälle nachverfolgen müssten, bräche das System zusammen. Das kann der Fiskus nicht leisten." Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) äußerte scharfe Kritik an der FDP, die den Vorschlag der Deutschen Steuergewerkschaft unterstützt. "Der Einfallsreichtum der FDP, wenn es darum geht, vermögende Steuerbetrüger zu schützen, ist unerschöpflich", sagte Borjans der "Welt". "Amnestie für Betrüger zum Schutz einer ansonsten überlasteten Finanzverwaltung - dieses Manöver ist bei niemandem so unglaubwürdig wie bei denen, die keine Gelegenheit auslassen, Schlupflöcher für ihre Klientel zu sichern". Auf der Suche nach "Wegen, über die Fünfprozenthürde zu kommen, glaubt die FDP jetzt des Rätsels Lösung gefunden zu haben: Eine Koalition aus Betrügern, die auf Straffreiheit zum Sonderrabatt hoffen, und Finanzbeamten, denen man Arbeitsentlastung verspricht".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-14615/kritik-an-vorstoss-fuer-steuersuender-amnestie.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com